

Markt und Gerechtigkeit

Über die Zukunft der sozialen Demokratie

(erscheint in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/99)

von

Heiner Flassbeck

„Die Vorstellung, daß wir ohne weiteres die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vernachlässigen können, ist grundlegend für die ricardianische Ökonomie, die wiederum dem zugrundeliegt, was uns für mehr als ein Jahrhundert gelehrt worden ist. Malthus hatte in der Tat Ricardos Doktrin, daß die effektive Nachfrage niemals unzureichend sein könnte, heftig widersprochen, doch es war vergeblich...Ricardo eroberte England so vollständig wie die heilige Inquisition Spanien. Nicht nur, daß seine Theorie von Wirtschaft und Banken, von der Politik und der akademischen Welt akzeptiert wurde. Nein, es gab keine Kontroversen mehr; die andere Sichtweise verschwand vollständig; sie wurde nicht einmal mehr diskutiert... Die Vollständigkeit des Sieges der ricardianischen Lehre ist kurios und mysteriös zugleich. Das war offenbar die Folge einer Reihe von Bedingungen, die diese Doktrin für das Umfeld geeignet machten, in das sie projiziert wurde...Daß ihre Lehren, in die Praxis übersetzt, streng und oftmals ungenießbar waren, gab ihr Tugend. Daß sie soziale Ungerechtigkeit und offensichtliche Grausamkeiten zu unabwendbaren Begleiterscheinungen des Fortschritts erklärte und daß jeder Versuch, diese Dinge zu ändern, als insgesamt eher schädlich denn nützlich angesehen wurde, verlieh ihre Autorität. Daß sie der Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung des einzelnen Kapitalisten eine Rechtfertigung bot, sicherte ihr die Unterstützung der dominanten gesellschaftlichen Gruppe hinter der Obrigkeit.., J.M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, 1936¹

Deutschlands wirtschafts - und gesellschaftspolitische Diskussion wird beherrscht von einer einfachen und eingängigen Doktrin: Nur wenn die deutsche Gesellschaft rasch und durchgreifend zur „Modernisierung,, im Sinne der Preisgabe überkommener Privilegien fähig ist, kann sie die Zukunft gewinnen. Kaum ein Leitartikler, der nicht weiß, wie tugendhaft kurzfristig und wie erfolgversprechend auf lange Sicht das Gürtel-enger-Schnallen ist. Kaum ein Kommentator, der nicht mit großem Ernst den Abschied von der Illusion einer dauernden Prosperität predigt. Kaum ein Politiker, der nicht darauf hinweisen würde, wie „radikal,, sich Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten Jahren gewandelt haben und wie schwer die unumgängliche Anpassung daran ist. Kaum ein Ökonom, der nicht unser jahrzehntelanges Über-die-Verhältnisse-Leben anprangert und zum Beleg auf die hohe Staatsquote und die fehlenden Leistungsanreize in einer saturierten Gesellschaft verweist. Diese Diskussion eint rechts und links. Was im rechten Spektrum die Standortfrage ist im linken die Herausforderung der Globalisierung. Die Antwort ist immer gleich: Es gibt kein „weiter so,,. Medizin ist bitter, haben das nicht schon unsere Mütter und Großmütter beherzigt und den

¹ In: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Hrsg.: The Royal Economic Society, 1973, Vol.VII, S.32/33 (meine Übersetzung, H.F.)

lieben Kleinen im Konfliktfall das Gebräu mit Gewalt eingeflößt, weil es ja zu ihrem Besten war?

Der klarste Beweis für die Dominanz der Doktrin ist das Ende jeder ernsthaften Auseinandersetzung zwischen denen, die sich forschend der Wirtschaft zu nähern versuchen, und denen, die „Wirtschaft“, aus eigener persönlicher Erfahrung und Anschauung kennen. Die Ökonomen haben das Feld längst geräumt, auf dem sich heute Juristen, Lehrer, Soziologen, Politologen sowie natürlich „gestandene“, Politiker und Manager mit der Sicherheit tummeln, niemand werde ihnen in die Parade fahren, wenn sie ihre „Urteile“, über die Wirkungen der Globalisierung, die Ursachen der Arbeitslosigkeit oder die Zukunft der Renten zum Besten geben. Man stelle sich vor, die gleichen Berufsgruppen würden „sachverständige“, Urteile zu speziellen Fragen der Herzchirurgie abgeben oder in der Kernphysik wissenschaftlich mitreden wollen. Man kann sicher sein, daß die Wissenschaft solche „Beiträge“, innerhalb kürzester Zeit zerpflücken und die Laienschar in ihre Schranken verweisen würde. Anders in der Ökonomie. Hier kann auch ein Verbandspräsident oder ein Ministerpräsident den Stein der Weisen entdecken und Vertreter anderer Disziplinen können ganze Themenbereiche besetzen. Es ist eben immer noch so, wie einer der wichtigsten Ökonomen dieses Jahrhunderts, J.A. Schumpeter, schon vor vielen Jahrzehnten bemerkte: „Nur in wirtschaftlichen Dingen hält sich jeder für einen berufenen Fachmann und berechtigt, arglos jahrhundertealte Holzwege zu wandeln und mit Unbefangenheit sein allerpersönlichstes – wirtschaftliches oder ideelles – Interesse für aller Weisheit höchsten Schluß zu erklären.“²

Doch kann man den Laien und den übrigen Politikern wirklich einen Vorwurf machen? Ist es nicht die Ökonomie selbst, die allzu viele jahrhundertealte Holzwege zu Königswegen erklärt? Jedenfalls immer dann, wenn eine eigentlich wissenschaftlich zu klärende Frage in das alles überdeckende Freund-Feind-Schema der Ökonomen, den Kampf zwischen Markt und Staat, paßt, sind große Teile der ökonomischen Profession sehr schnell mit auf dem Holzweg und führen die Laien an der Hand. Ein aktuelles Beispiel zum Thema Globalisierung: Da erklärt ein Soziologe beiläufig, als handele es sich um eine Trivialität, die Politik des sozialen Ausgleichs gerate im Zeitalter der Globalisierung in eine „höchst unbequeme Zwickmühle“, weil ohne einen Abbau der Sozialkosten und der Lohn(neben)kosten die Arbeitslosenzahlen stiegen, ohne neue Arbeitsplätze aber das ganze System der auf Erwerbsarbeit basierenden sozialen Sicherung zusammenzubrechen drohe³. Das ist abwegig und gefährlich. Das ist etwa so, als ob man erklärte, Flugzeuge könnten seit dem Beginn der globalen Klimaveränderung nicht mehr fliegen, weil die erwärmte Luft sie nicht mehr trage, und wir müßten folglich schleunigst zum Schiffsverkehr zurückkehren. Die Ökonomie aber schreit nicht auf. Hat der Autor doch wenigstens die „richtige“, Richtung getroffen, sind wir doch alle davon überzeugt, daß nur eine Verteilungskorrektur zugunsten der Unternehmen, also zumindest ein relatives Sinken der Arbeitskosten, die Arbeitslosigkeit beseitigen kann.

Hier genau aber beginnt das Problem. Angesichts der konkreten Frage, ob die Globalisierung unsere zentrale Herausforderung darstelle, und konfrontiert mit den dazu einschlägigen Fakten, würden die meisten Ökonomen nur sehr vorsichtig argumentieren oder gar glatt verneinen. Das pauschale Urteil aber, wir lebten in der ein oder anderen Weise über unsere Verhältnisse, mögen sie nicht kritisieren, weil es ihrem Grundverständnis, ihrer ureigensten, ricardianischen Doktrin, entspricht. Also akzeptieren sie grosso modo auch den

² J.A. Schumpeter: Die Krise des Steuerstaates (1918), wiederabgedruckt in: Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, hrsg. von R. Hickel, Frankfurt 1976, S. 329/330

³ U. Beck: Macht und Gerechtigkeit, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.8.99., S.11

Zusammenhang zwischen Globalisierung und Über–die–Verhältnisse–leben. Damit ist der Boden bereitet für die Mehrheitsfähigkeit der Doktrin der „modernen“, Wirtschaftspolitiker: Es gibt ein neues Phänomen, die Globalisierung, die, wie unser Bundeskanzler nicht müde wird zu betonen, die Verhältnisse in Deutschland „radikal verändert“, hat, und dieses neue Phänomen verlangt, was die ricardianische Doktrin der Ökonomen schon immer forderte, nämlich den Gürtel enger zu schnallen und „unerbittlich zu sparen“, (U.Beck).

Nun ist, wie gesagt, die These, die Globalisierung sei ein neues Phänomen und ihre Herausforderungen hätten wir nicht bestanden, gerade in einem marktwirtschaftlichen Kontext ganz leicht zu widerlegen. Schwieriger ist das jedoch bei der alten ökonomischen Doktrin, Arbeitslosigkeit sei praktisch immer Ausdruck überzogener Ansprüche in der Vergangenheit. Bei der Widerlegung letzterer helfen aber auch dem Nicht-Ökonomen zwei Tatbestände: Erstens, die Doktrin ist uralt, und es bedurfte immerhin der Erfahrung einer großen weltweiten Depression, um für einige Jahrzehnte die aus ihr abgeleiteten Instrumente aus dem Arsenal der Wirtschaftspolitik zu tilgen. Zweitens aber und noch wichtiger, so wie sie üblicherweise eingesetzt werden soll, verstößt eine auf dieser Doktrin aufgebaute Wirtschaftspolitik gegen Marktgesetze und zugleich fundamental gegen Prinzipien, die für den „einfachen Bürger“, Gerechtigkeit in einem umfassenderen Sinn konstituieren, als es in der Formel von der „sozialen Gerechtigkeit zum Ausdruck kommt.

Die Anforderungen, die die „Globalisierung“, an eine Wirtschaft stellt, sind weder neu noch unbewältigt. Um diese Aussage eindeutig zu belegen, bedarf es keiner aufwendigen empirischen Evidenz. Ein Rückschluß aus Marktergebnissen und den jüngsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Europa genügt. Wenn es richtig wäre, daß am Ende der 90er Jahre die deutsche Wirtschaft zu hohe Arbeitskosten⁴ aufwiese, müßte es zuvor eine Zeit gegeben haben, in der die deutschen Arbeitskosten unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung stärker gestiegen sind als bei der (gewichteten) Mehrzahl der Handelspartner. Dies läßt sich empirisch nicht nachweisen. Wäre es aber der Fall gewesen, hätte es zu einer ganz anderen Bewertung der D–Mark an den Devisenmärkten führen müssen. Die D–Mark hätte abwerten und nicht aufwerten oder stabil bleiben dürfen. Hinzu kommt, die Entscheidung, die D–Mark zum Marktkurs bzw. zu einem unveränderten Kurs in die Europäische Währungsunion aufzunehmen, wäre eine glatte Fehlentscheidung gewesen und hätte zwingend zum Ergebnis, daß die deutsche Wirtschaft ohne durchgreifenden absoluten Rückgang der Arbeitskosten auf alle Zeit gegenüber den europäischen Partnern zurückfällt und zum Versorgungsfall wird. Das aber ist unmöglich, da die D–Mark der „Anker“, im Europäischen Währungssystem war, also die Währung, an deren innerer Härte sich alle anderen ausgerichtet haben. Innere Härte bedeutet jedoch nichts anderes als eine relativ geringe Steigerung der Arbeitskosten. Bleibt logischerweise nur noch der Ausweg, zu behaupten, ganz Europa sei zurückgefallen gegenüber den aufholenden Schwellenländern, und der Euro müsse nun abwerten, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Das zu behaupten aber wäre lächerlich im Lichte der Tatsache, daß die meisten Schwellenländer gerade abgewertet haben, um ihrerseits einen in den 90er Jahren aufgelaufenen Wettbewerbsrückstand gegenüber Europa auszugleichen.

Globalisierung, selbst wenn sie ein neues Phänomen wäre, könnte von den Wirtschaftssubjekten nur das an Anpassung verlangen, was die Marktwirtschaft schon immer verlangt. Der Begriff der Globalisierung beschreibt keineswegs ein neues substantielles Phänomen, sondern nur die Tatsache, daß sich neue Regionen der Welt den gleichen

⁴ Alle Aussagen gelten selbstverständlich unter Einschluß der Lohnnebenkosten.

marktwirtschaftlichen Bedingungen stellen, die seit mindestens 200 Jahren den Güter- und Kapitaltausch in der westlichen Welt dominieren. Marktwirtschaft verlangt illusionslose Anpassung der Ansprüche an die realen Produktionsmöglichkeiten. Oder platter: Es kann nur verteilt werden, was erwirtschaftet wird. Wer sich an diese Regel hält, kann nichts falsch machen, ganz gleich, wie viele und wie viele neue Mitbewerber es auf dem Markt gibt. Ob und wie gut sich eine Gesellschaft an diese Regel gehalten hat, läßt sich auf lange Sicht am besten am Wert der Währung in dieser Gesellschaft ablesen. Nur wer die illusionslose Anpassung an seine eigenen Verhältnisse ohne große Friktionen schafft, kann eine harte Währung im Innern wie nach außen haben. Deutschland war gemessen daran das Land in dieser Welt, das am besten die Herausforderungen der Globalisierung bestanden hat. Wer diesen einfachen Test ablehnt, muß behaupten, es sei möglich, daß sich die Devisenmärkte über einen Zeitraum von 30 Jahren sogar in der Richtung der Bewertung der D-Mark geirrt haben, und daß dies ohne Auswirkungen auf die Marktanteile und die Handels- und Leistungsbilanz in Deutschland geblieben ist.

Daß Interessenvertreter eines Landes Interessen vertreten, ist nicht ungewöhnlich. In Deutschland aber geschieht mehr als das. Denen, die den Argumenten der nationalen Interessenvertreter den beschriebenen globalen (!) Markttest gegenüberstellen, der das Gegenteil von dem beweist, was die deutschen Interessenvertreter behaupten, wird Konspirationstheorie vorgeworfen. Sie behaupten, so Beck in „Macht und Gerechtigkeit,, es gebe eine globale Konspiration des „bösen Kapitals,, das die Globalisierung „zur Durchsetzung seiner Interessen erfunden,, habe. Auf diesem Wege löst man die Diskussion mit leichter Hand von den ökonomischen Zusammenhängen und den Fakten, denn es ist ja a priori bewiesen, was zu beweisen war: Die Globalisierung schafft ein objektiv gegebenes und zudem ein neues Anpassungsproblem. Die Anpassung daran ist in Deutschland nicht gelungen und wird mit den alten Strukturen auch in Zukunft nicht gelingen. Jeder, der etwas anderes behauptet, verleugnet die „neue Wirklichkeit,,. Er versucht nur, sein altes traditionalistisches Wertesystem von den neuen Herausforderungen zu schützen. Wer die „bittere neoliberale Medizin,, (U. Beck) nicht schlucken will, muß dazu gezwungen werden; er ist ein ungezogenes Kind, er hat die medizinische Wissenschaft und sein eigenes Interesse nicht verstanden.

Die Widerlegung der ricardianischen Doktrin der Wirtschaftswissenschaft, so sperrig diese auch in ihrem eigenem Kontext sein mag⁵, sollte nach 20 Jahren des Experimentierens mit dieser Doktrin in Deutschland und Europa kein Problem mehr bieten. Als Basis für „moderne,, Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa kann sie nicht taugen, weil sie längst versagt hat. Die ricardianische oder neoklassische These ist im Grunde sehr einfach: Ein Problem wie Arbeitslosigkeit tritt in einer Marktwirtschaft, ob mit oder ohne „Globalisierung,, ist dabei belanglos, nur auf, wenn die betroffenen Gruppen, also die Arbeitnehmer, am Markt einen Preis für das von ihnen angebotene Gut, die Arbeit, verlangt und durchgesetzt haben, der oberhalb des Preises liegt, der sich bei einem freien Spiel der Marktkräfte ergeben hätte. Korrigieren kann man die einmal eingetretene Fehlentwicklung nur durch Gürtel-enger-Schnallen, also durch den Verzicht auf die errungenen Privilegien in Form einer Rücknahme des zu hohen Einkommens. Unabhängig von der Frage, ob man das für eine angemessene Beschreibung der Wirklichkeit hält, ist doch bemerkenswert, daß diese Theorie streng symmetrisch in ihren Auswirkungen ist. Nur wenn eine Gruppe der Gesellschaft in einer Richtung gegen die Regeln verstoßen hat, ist es angemessen, eine

⁵ Vgl. dazu beispielsweise H. Flassbeck: Was ist Angebotspolitik? In: Konjunkturpolitik, 28.Jg. (1982) Heft 2/3 oder ders.: Von der Klassik zur Moderne – Ein Essay über den Erkenntnisfortschritt von 200 Jahren Makroökonomie – in: Konjunkturpolitik, 35.Jg. (1989) Heft 1/2

Anpassung in der Gegenrichtung zu verlangen. Das heißt, nur wenn sich ein Über–die–Verhältnisse–Leben im Zuge des Entstehens von Arbeitslosigkeit nachweisen läßt, ist die Forderung nach einem „kollektiven Abstieg,, (U. Beck) berechtigt.

Solange sich die neoklassische Theorie in diesem Rahmen bewegt, deckt sich ihre Analyse und ihre Therapie noch mit einem Verständnis von „Gerechtigkeit,, in der Gesellschaft, das viel tiefer gehen dürfte als jenes, das im Zusammenhang mit dem häufig schillernden Begriff der „sozialen Gerechtigkeit,, gemeint ist. Hier geht es um Gerechtigkeit als Sühne, als Bestrafung desjenigen, der nachweislich für eine Fehlentwicklung verantwortlich zu machen ist. Gerechtigkeit als Forderung nach einer Wiedergutmachung im wahrsten Sinne des Wortes. Wer gegen dieses Verständnis von Gerechtigkeit beim „einfachen Bürger,, verstößt, indem er von einer Gruppe Sühne ohne Schuld fordert, verliert sehr schnell seine Glaubwürdigkeit. An dieser Stelle genau ist die herrschende Doktrin in den 90er Jahren zu weit gegangen. Wer in den 80er Jahren im Namen der Vollbeschäftigung zu einer Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen aufrief, und das war in der Tat das wirtschaftspolitische Credo dieses Jahrzehnts, konnte guten Gewissens auf die 70er Jahre verweisen. Damals waren die Arbeitnehmer „kollektiv aufgestiegen,, weil sie bei den Lohnverhandlungen mehr an Zuwachs erstritten, als zur Verteilung zur Verfügung stand, und auf diese Weise ihre Einkommensposition zulasten der Unternehmen verbesserten. In den 90er Jahren aber kann ein solcher Verweis nicht mehr überzeugen, denn die Einkommensverteilung ist in den 80ern massiv zulasten der Arbeitnehmer korrigiert worden (die Lohnquote in Deutschland und in Europa insgesamt ist heute niedriger als jemals zuvor seit dem zweiten Weltkrieg), ohne daß das damit anvisierte Ziel der Vollbeschäftigung auch nur in Ansätzen erreicht worden wäre.

Das ist das zentrale Mißverständnis der „Modernisierer,,: Der kollektive Abstieg liegt hinter uns. Er hat aber den von den konservativen Regierungen der 80er Jahre erhofften Erfolg in der Breite nicht erbracht.⁶ Nun, „weil immer noch Arbeitslosigkeit herrscht,, weitere tiefe Schnitte, die Fortsetzung des kollektiven Abstiegs zu fordern, verstößt gegen den Gerechtigkeitssinn und den gesunden Menschenverstand in der Bevölkerung. Die klare Falsifikation ihrer These sollte zwar auch den Vertretern der herrschenden ricardianischen Doktrin in den Wirtschaftswissenschaften zu denken geben, aber so funktionieren (Sozial)Wissenschaften wohl nicht. Die herrschende Lehre in der Ökonomie stellt stattdessen kunstvolle Rechnungen dazu an, warum die gleiche Statistik, die in den 70er Jahren die Fehlentwicklung bei den Arbeitskosten eindeutig bewies, jetzt nicht aussagekräftig ist.⁷ Das sollte jedoch nicht weiter stören, wenn die Politiker einen Sensor für das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und insbesondere das der Gewerkschaften hätten. Würden sie sich überdies daran erinnern, daß die uralte, jetzt wieder herrschende ökonomische Doktrin nicht nur in den 80er Jahren, sondern auch bei der davor letzten Bewährungsprobe, nämlich 1929/30, fundamental versagt hat, wären wir einen großen Schritt weiter. Neue „tiefe Schnitte,, sind ja schon im Rahmen der herrschenden Doktrin fragwürdig, sobald wir diese vom Blendwerk der Globalisierung befreien. Wie wenig können sie eine Basis für die Politik bilden, wenn wir auch nur die Möglichkeit zulassen, diese Theorie gehe in ihrem Kern an den Funktionsbedingungen der real existierenden Marktwirtschaften vorbei?

⁶ Lediglich einige kleine Länder konnten das Gürtel-enger-Schnallen nutzen, weil ihre beggar-thy-neighbour Strategie von den größeren Ländern geduldet wurde. Das impliziert natürlich, daß eine solche Strategie nicht von allen angewendet werden kann.

⁷ Insbesondere der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung tut sich dabei hervor. Vgl. zu den Gegenargumenten im Einzelnen: H. Flassbeck/F. Spiecker: Löhne und Arbeitslosigkeit, Wirtschaftspolitische Diskurse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr.118, 1998, S.21ff.

Auch die Debatte der Ökonomen vor und während der großen Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre kreiste um die Frage, ob „tiefe Schnitte“, oder „eisernes Sparen“, helfen, eine wirtschaftliche Misere zu überwinden. Der Kern der Auseinandersetzung betraf die Rolle der Arbeitskosten. Die „Klassiker“, forderten die Senkung der Löhne, weil nur dadurch mehr Produktion rentabel werden könne. Die „Reformer“,⁸ lehnten es ab, weil es die Nachfrageschwäche vergrößern und die Deflation verschärfen würde⁹. Die klassische Logik ist einfach: Wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gegeben ist, vergrößert eine Kostensenkung die Menge der rentablen Produktion. Das ist unbestreitbar. Die Frage ist nur, ob man bei gesamtwirtschaftlichen Analysen in gleicher Weise wie bei einzelwirtschaftlichen unterstellen kann, die „wenn-Bedingung“, sei gegeben. Die Annahme gegebener Nachfrage impliziert bei Lohnsenkungen etwa, daß exakt in der Zeit, in der es zu der Lohnsenkung kommt, die Beschäftigung in einer Weise ausgeweitet wird, daß sich die Lohnsumme (also die Zahl der Arbeitsstunden multipliziert mit den Lohnsätzen) nicht verändert. Genau an dieser Stelle befindet sich die Diskussion heute, auch wenn zumeist nicht über absolute Lohn- oder Lohnnebenkostensenkung¹⁰, sondern „nur“, über geringere Steigerungsraten wie beim „Inflationsausgleich“, gesprochen wird.

Erstaunlicherweise ignoriert man auch hier, daß wir in Deutschland gerade ein „Experiment“, im klassischen Sinne hinter uns gebracht haben, dessen Ausgang ganz eindeutig war. Die Gewerkschaften haben unter dem Druck der Standort- und der Globalisierungsdiskussion in den drei Jahren von 1996 bis 1998 bewußt versucht, Beschäftigung durch Lohnzurückhaltung zu erkaufen. Dieses Experiment hat auf der einen Seite die Logik gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge im Kontrast zu einzelwirtschaftlichen wiederum eindrucksvoll bestätigt. Auf der anderen Seite verstärkt aber die Nicht-Beachtung dieser aus Gewerkschaftssicht gewaltigen Kraftanstrengung das Gefühl einer Gerechtigkeitslücke. In diesen Jahren sind die gesamten Arbeitskosten in Deutschland (real wie nominal) um mindestens die Hälfte weniger gestiegen als vorher und in irgendeiner vergleichbaren Periode in der Geschichte der Bundesrepublik. In realer Rechnung sind in diesem Zeitraum die Arbeitseinkommen (je Stunde) in jedem Jahr um fast 2 Prozentpunkte hinter dem Produktivitätszuwachs zurückgeblieben¹¹. Das Ergebnis in Sachen Beschäftigung war mehr als mager: Die Beschäftigung (in Stunden) sank in den ersten beiden Jahren stark, erholte sich im dritten Jahr etwas und fällt in diesem Jahr schon wieder. Steigt im Zuge einer solch ausgeprägten Lohnzurückhaltung die Beschäftigung aber nicht sofort, sondern fällt von Anfang an, ist es zwingend, daß der neoklassische, ricardianische Zusammenhang nicht existiert. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bleibt dann nicht konstant und die Gewinne der Unternehmen können nicht steigen, wenn die Arbeitnehmerhaushalte nicht zur gleichen Zeit ihre Sparquote senken¹².

⁸ Offensichtlich ist heute die Diskussion die gleiche, nur die Begriffe wurden verdreht: Heute ist „Reformer“, wer tiefe Schnitte predigt, also die älteste aller ökonomischen Theorien vertritt.

⁹ Vgl. zu dieser Auseinandersetzung beispielsweise: Der Keynesianismus I, Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik, hrsg. von G. Bombach u.a., 1981, S.51ff.

¹⁰ Wobei die künstliche Trennung von Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland zu einer unglaublichen Konfusion auf allen Seiten des politischen Spektrums geführt hat. Ökonomisch gesehen ist es ganz gleich, ob der Zuwachs der Produktivität für eine Erhöhung der Löhne oder der Nebenkosten verwendet wird. Wichtig ist nur, daß beide zusammengenommen und deflationiert den Produktivitätszuwachs nicht überschreiten. Das war in Deutschland fast immer der Fall.

¹¹ Auch 1999 wird, im Gegensatz zu dem, was üblicherweise behauptet wird, ein Jahr der Lohnzurückhaltung werden. Nach der jüngsten Prognose der Institute steigen die realen Arbeitskosten wiederum weniger stark als die Produktivität.

¹² Das haben die privaten Haushalte in dem genannten Zeitraum sogar in einem gewissen Umfang getan, sonst wäre das Ergebnis „des Experiments“, noch viel schlechter ausgefallen. Kurzfristig positive Effekte kann man darüber hinaus bei einer solchen Strategie, wie oben erwähnt, nur vom Export erwarten, wenn die eigene Währung nicht aufwertet und die anderen Länder stillhalten.

Die orthodoxe Doktrin der „tiefen Schnitte,“ ist folglich heute nicht nur gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel, sie hat sich auch wiederum, wie 1929/30, als ungeeignet bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwiesen. Nimmt man die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit ins Bild, stellt sich die Frage von Markt und Gerechtigkeit noch einmal in einem neuen Licht. Gerechtigkeit im Sinne der gleichen Teilhabe aller am Produktionsergebnis steht nicht im Gegensatz zur Effizienz der Marktwirtschaft, sondern ist Voraussetzung für diese. Gürtel–enger–Schnallen löst gesamtwirtschaftlich kein Problem, sondern schafft neue. Das „Sparen,“ der Inbegriff der Tugend in Deutschland, verliert seinen Glanz. Wer, wie Finanzminister Eichel, bewußt unerbittlich und ohne Rücksicht auf die anderen Sektoren zu sparen versucht, spart gesamtwirtschaftlich am Ende womöglich gar nichts, weil er andere zum Entsparen zwingt und die einzige Quelle des wirklichen Sparens, das Investieren, zum Versiegen bringt¹³.

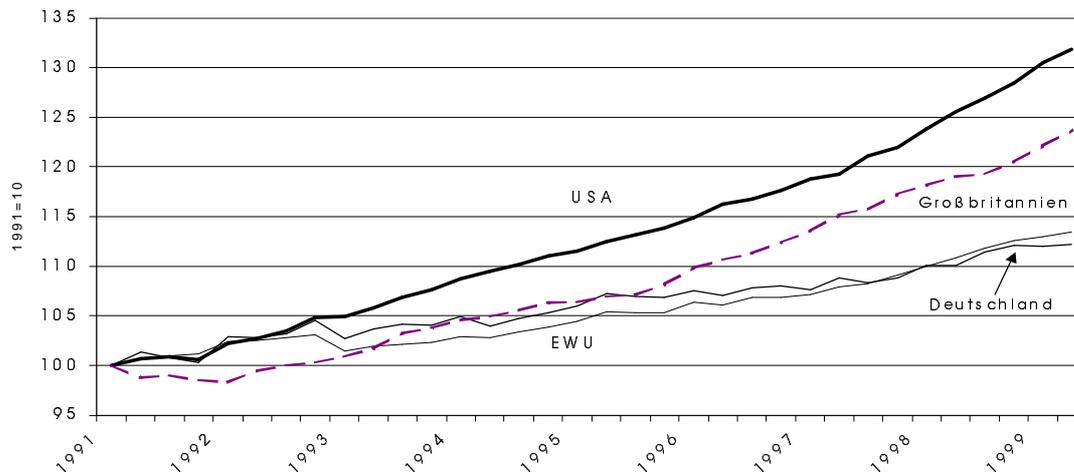
Das läßt sich ohne weiteres auch im internationalen Vergleich demonstrieren. Der Erfolg der erfolgreichen Länder in Sachen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war bis auf wenige Ausnahmen¹⁴ gerade nicht das Ergebnis unerbittlichen Sparens im Eichelschen Sinne, sondern Ergebnis hoher Wachstumsraten, die – nach anfänglichen Anstößen durch die Finanz – und Geldpolitik – immer verbunden waren mit kräftiger Konsumausweitung und zum Teil drastischen Rückgängen der Sparquote der privaten Haushalte. In den USA etwa ist der private Verbrauch in den 90er Jahren um mehr als 30 % gestiegen, im Vergleich zu 12 % in Deutschland und 13 % in der EWU insgesamt. Auch in Großbritannien, das seit diesem Sommer ja häufig als Vorbild für eine „moderne,“ Politik des „dritten Weges,“ gilt, war der private Verbrauch mit 25 % Zuwachs in diesem Zeitraum die absolut dominierende Kraft des Aufschwungs. Selbst in der EWU ohne Deutschland, die dem Spardiktat des Maastricht-Vertrages in gleicher Weise wie Deutschland unterlag, war die Dynamik der Inlandsnachfrage größer als hierzulande, weil nirgendwo das ricardianische Experiment einer drastischen Lohnzurückhaltung versucht wurde (Abbildung)¹⁵. Die Nachfrageausweitung hat in den erfolgreichen Ländern dem Staat soviel an Mehreinnahmen und Minderausgaben beschert, daß die öffentlichen Haushalte – automatisch – konsolidiert werden konnten. Das heißt, weil die gesamtwirtschaftliche Dynamik hoch war und/oder die anderen wirtschaftlichen Akteure entsparten, konnte der Staat erfolgreich sparen, nicht andersherum, wie es derzeit in Deutschland wieder einmal versucht wird.

¹³ Vgl. H. Flassbeck: Was Hans Eichel nicht versteht, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. 10. 99, S. 27

¹⁴ Ausnahmen waren in den letzten 20 Jahren immer nur kleine Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Exportanteil wie die Niederlande, Schweden oder Irland, die über eine reale Abwertung ihre Wettbewerbsposition verbesserten und auf diese Weise den Restriktionsdruck im Innern ausgleichen konnten.

¹⁵ Vgl. zu Europa im Einzelnen: Der private Konsum in der Europäischen Währungsunion zur Jahresmitte 1999, in: Wochenbericht des DIW, 39/99, S. 706ff.

Privater Verbrauch in den 90er Jahren



Besonders paradox in Deutschland ist, daß der einzige Fall, bei dem ein kollektives Gürtelenger-Schnallen auch außerhalb der ricardianischen Ideologie angemessen sein kann, von den Kritikern des Sozialstaates konsequent ignoriert wird. Die ökonomischen Folgen der deutschen Vereinigung schaffen in der Tat ein Phänomen, das man ein „Budgetproblem,, nennen muß. Die ostdeutsche Wirtschaft hat als einzige in Westeuropa den Sprung in die globalisierte Welt nicht ohne enorme Anpassungsverluste geschafft. Die Bundesregierung aber hatte gleichwohl versprochen, die realen Einkommen dem Westen rasch anzupassen. Daher sind hohe Transfers von West nach Ost notwendig geworden, die im Westen in den öffentlichen Budgets aufgebracht werden mußten und müssen. Dem stehen im Westen allerdings auch vereinigungsbedingt höhere Einkommen, inklusive höherer Gewinne, und mehr Arbeitsplätze gegenüber, da die westdeutsche Wirtschaft mit Abstand die größten Marktanteilsgewinne nach der Wende in Ostdeutschland erzielt hat. Folglich könnten die Transfers zum Ausgleich des Einkommensrückstandes im Osten über die staatlichen Budgets ohne weiteres aufgebracht werden. Um dies zu gewährleisten hätte allerdings, unmittelbar nachdem die Folgen der Vereinbarungen im Rahmen der deutschen Einigung für die ostdeutsche Wirtschaft sichtbar wurden, die Einsicht im Westen Platz greifen müssen, daß für lange Zeit mit höheren Abgaben für die öffentlichen Budgets zu rechnen ist und insofern der Gürtel enger geschnallt werden muß, als es ohne Vereinigung der Fall wäre¹⁶.

Von einer solchen Konsequenz kann aber nicht die Rede sein. Im Gegenteil, unmittelbar nach der deutschen Einigung begann eine Steuer- und Abgabensenkungskampagne, die bis heute anhält. Zum Teil mit Verweis auf den „Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit,, zum Teil mit dem Argument, Arbeit sei wegen der hohen Lohn- und Lohnnebenkosten nicht nur im Vergleich zum Ausland, sondern auch im Vergleich zu Kapital „zu teuer,,¹⁷ geworden, wurde eine höhere Abgabenbelastung zum Tabu erklärt und sogar eine dramatische Entlastung gefordert. Damit war von vorneherein entschieden, daß es eine solidarische gesellschaftliche Übernahme und eine gleichmäßige Verteilung der Einigungskosten nicht geben würde. Zunächst blieb der Ausweg über eine höhere Staatsverschuldung und damit in gewisser Weise die Belastung künftiger Generationen. Diese Weg wurde jedoch schon im Rahmen der

¹⁶ Vgl. H.Flassbeck: Moderne Finanzpolitik für Deutschland, in: WSI Mitteilungen 8/1999

¹⁷ Auch das ist übrigens eine neoklassische, im Kern aber ebenfalls klassische ricardianische Doktrin, für deren Erklärungskraft es keinerlei empirische Basis gibt. In einem wirtschaftlichen Kontext, der Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft und damit unternehmerisches Handeln in den Mittelpunkt stellt, fehlt ihr darüber hinaus sogar die theoretische Basis. Vgl. auch dazu Flassbeck/Spiecker a.a.O., S.9ff.

Erfüllung der Maastricht-Kriterien allmählich verbaut und dann, von der „neuen, neuen,, Bundesregierung, nach einer dramatischen Kehrtwende im Frühjahr 1999, für unpassierbar erklärt. Damit ist das Budgetproblem der deutschen Einigung für alle Zeit nur noch jenen in der Gesellschaft aufzubürden, die in irgendeiner Weise von staatlichen Ausgaben abhängig sind, denn das Problem wird über staatliches „Sparen,, gelöst. Diese Variante hat den unschätzbaren Vorteil, daß ihre Durchsetzung „Tugend,, von wenigen und keinerlei Anpassung der Mehrheit verlangt, und daß sie sich zudem scheinbar nahtlos in den allgemeinen Ansatz zur Lösung unserer Probleme, das Gürtel-enger-Schnallen, einfügt. Dieses Muster zur „Lösung,, der Probleme ist konsequent: Solange der „tiefe Schnitt,, oder der „engere Gürtel,, Theorie bleibt oder die „anderen,, betrifft, ist er wohlfeil, und seine Advokaten sonnen sich in der von ihnen verbreiteten Tugendhaftigkeit. Sobald es aber - wie im Falle der deutschen Einigung - konkret und bedrohlich für das eigene Budget wird, ist von der allgemeinen Tugend des engeren Gürtels nicht mehr die Rede.

Es geht doch aufwärts, wird man im Lichte der jüngsten Prognosen meinen defätistischen Überlegungen entgegenhalten und sich beruhigt zurücklehnen. Ja, es geht aufwärts, es geht so aufwärts, wie es in Deutschland schon immer aufwärts ging: Der Export boomt und irgendwann wird das vielleicht auch auf die inländische Nachfrage durchschlagen. Leistungsbilanzdefizite im Ausland, also eine zunehmende Verschuldung des Auslandes, sind seit Jahren die „Lösung,, auf die die deutsche Wirtschaftspolitik baut. Wir sind solide, mögen andere zu unseren Gunsten über ihre Verhältnisse leben. Die große Konsumparty auf der anderen Seite des Atlantik aber nähert sich dem Ende. Wer verschuldet sich als nächster, wenn die USA ausfallen? Versuchen wir dann wieder, mit Steuer- und Lohnsenkungen den anderen in Europa und Asien Marktanteile abzujagen? Was aber, wenn die anderen das Gleiche tun? Wenn einer im Kino aufsteht, kann er seine Sicht verbessern, wenn alle aufstehen, werden am Ende alle nur schmerzende Füße haben. Es ist abwegig zu glauben, gerade im Zeitalter der Globalisierung taue das Ausland länger als ein oder zwei Jahre als Lückenfüller für die Fehler der deutschen oder gar der europäischen Wirtschaftspolitik.

Es gibt für die großen Volkswirtschaften dieser Welt nur offensive Lösungen. Fällt der amerikanische „consumer of last resort,, aus, sind die „tiefen Schnitte,, in die sozialen Systeme und der Druck auf möglichst niedrige Lohnsteigerungen als Ersatz für Wirtschaftspolitik das Einfallstor für Deflation und Depression. Je tiefer der Schnitt und je größer das Land, umso größer die Gefahr für die Weltwirtschaft als Ganzes. Offensive Lösungen dagegen bedeuten mehr Investitionen und mehr Nachfrage. Die angebotspolitische Illusion, man könne mehr von ersterem haben ohne mehr von letzterem, hat, wie die Kohlsche Regierungszeit und die Erfahrungen vieler Länder in den 90er Jahren demonstrieren, getrogen. Investitionen sind in der Tat der Schlüssel zum Erfolg. Investitionen in neue und effizientere Produktionsverfahren und in neue Produkte aber gibt es nur in einem Umfeld, das von Prosperität und nicht von Austerität geprägt ist. Es ist exakt die „Illusion,, des Unternehmers, darauf zu setzen, daß es nach vorne und nicht nach hinten geht, die das marktwirtschaftliche System so überlegen macht. Den Weg zurück kennt eine von unternehmerischer Initiative getragene Wirtschaft nicht. Deswegen haben sich die soziale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg lange Zeit so hervorragend ergänzt. Die Prediger der „tiefen Schnitte,, der „illusionslosen,, Rückkehr zum Lohnniveau der 50er Jahre sind die Totengräber der sozialen Demokratie und des marktwirtschaftlichen Systems. Sie sind im Begriff, die für dieses System unumgängliche Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der kurzen und in der langen Frist zu zerschlagen. Das „Ende der Illusionen,, ist das Ende der Marktwirtschaft und das Ende der sozialen Demokratie.

